

Postulat Fraktion SP/JUSO (Raymond Anliker, SP): Massnahmen zur Tabakprävention

In der Öffentlichkeit findet eine Sensibilisierung für gezielte Massnahmen zur Tabakprävention statt. Medien berichten über das Rauchverbot in italienischen Bars und Restaurants, die Kinofoyers in Bern sind zum Teil rauchfrei, Spitäler haben sich in mehrjährigen Prozessen zu rauchfreien Institutionen entwickelt, so etwa das Inselspital. Einige Gemeinden auch im Kanton Bern beabsichtigen die Einführung von Rauchverboten in öffentlichen Gebäuden. Zunehmend engagieren sich sowohl Rauchende wie Nichtraucher dafür, dass in Arbeitsbereichen nicht mehr geraucht wird und dass spezielle Fumoirs (Raucherräume) eingerichtet werden. Diese Entwicklung ist grundsätzlich zu begrüssen, da die Schweiz bekanntlich die Rahmenkonvention der WHO zur Tabakkontrolle unterschrieben hat, aber in Sachen Jugendschutz, Werbung und Nichtraucherschutz die WHO-Forderungen noch bei weitem nicht erfüllt. Die Zahlen zum Nikotinkonsum in der Schweiz sind bekannt: Jährlich rauchen gegen 2 Millionen Menschen über 14 Milliarden Zigaretten und 8000 sterben an den Folgen ihres Konsums. Tausende erkranken jedes Jahr an den Folgen des Passivrauchens.

Auf Bundes- und Kantonsebene laufen Bestrebungen im Bereich der Nikotinprävention wie auch im Zusammenhang mit Rauchverboten im öffentlichen wie im halböffentlichen Raum. Es ist der SP ein Anliegen, auf allen staatspolitischen Ebenen die Möglichkeiten zur Prävention und zum Nichtraucherschutz auszuschöpfen und den entsprechenden Bestimmungen im Arbeitsgesetz (ArGV3 Art.19: „*Der Arbeitgeber hat im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten dafür zu sorgen, dass die Nichtraucher nicht durch das Rauchen anderer Personen belästigt werden.*“) Nachachtung zu verschaffen. Dabei ist es wichtig, alle Betroffenen in die Diskussion über mögliche Massnahmen und deren Realisierung mit einzubeziehen. Nur so gelingt es, die nötige Akzeptanz für zum Teil einschränkende Regelungen zu erhalten.

Der Gemeinderat wird gebeten:

1. Eine Auslegeordnung möglicher Massnahmen (von der Präventionsarbeit bis hin zur Einführung von Rauchverboten in öffentlichen Gebäuden) vorzunehmen und dem Stadtrat darüber Bericht zu erstatten, welche dieser Massnahmen realisiert werden sollen.
2. Kantonale und eidgenössische Bestrebungen im Bereich der Nikotinprävention im Rahmen der städtischen Möglichkeiten und Zuständigkeiten zu unterstützen.

Bern, 31. März 2005

Raymond Anliker (SP)

Antwort des Gemeinderates

Der Gemeinderat ist sich des Problems des Tabakkonsums bewusst. Das Thema Rauchen hat gegenwärtig – zu Recht – in der Öffentlichkeit und Politik hohe Priorität und wird aktuell auf allen politischen Ebenen diskutiert.

Die laufenden Bestrebungen haben insbesondere zum Ziel, den Prozentsatz rauchender Erwachsener deutlich zu senken, die Bevölkerung vor Passivrauchen zu schützen und Jugendliche vor dem Einstieg ins Rauchen abzuhalten.

Der Gemeinderat hat bereits Massnahmen in seinem Kompetenzbereich ergriffen und unterstützt nationale und kantonale Bestrebungen in der Nikotinprävention, soweit dies die Wirksamkeit der Massnahmen zu erhöhen verspricht. Er ist bereit, weitere Massnahmen zu prüfen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 26. Oktober 2005

Der Gemeinderat